

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Bonjour, messieurs dames.

Ich schließe gerne an den Vortrag von Marco Brenneisen an. Meine Aufgabe ist es, die Rolle des Landes Baden-Württemberg in der Erinnerung an den KZ-Komplex Natzweiler zu beschreiben.

Das ist ein interessantes Unterfangen. Denn es geht nicht allein um die historische Aufarbeitung. Es geht zugleich um die zivilgesellschaftliche Selbstermächtigung, die lange verzögerte, mitunter bewusst verschleppte Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen auch vor Ort voranzutreiben – etwa an Standorten ehemaliger KZ-Außenlager des Stammlagers Natzweiler, aber auch an anderen Orten, die von den Spuren der NS-Diktatur gezeichnet waren, an denen Menschen gelitten hatten.

Heute arbeiten in unserem Bundesland die ehrenamtlichen Akteure an den Gedenkstätten und die – staatliche – Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg eng zusammen. Und dies sogar über die Grenzen hinweg, mit den französischen Kolleginnen und Kollegen am Centre européen du résistant déporté am Struthof. Es ist eine produktive, bereichernde Zusammenarbeit.

Doch wie hat sich diese Zusammenarbeit entwickelt? Welche Rolle hat das Land Baden-Württemberg in diesem Prozess gespielt?

Ich möchte Ihnen zunächst kurz die Institution vorstellen, die ich vertrete, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Sie ist – wie der Name bereits besagt – eine Einrichtung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Sie wurde zur überparteilichen Förderung der politischen Bildung gegründet. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, für die freiheitlich demokratische Ordnung einzutreten. Dies geschieht zum einen durch die ganz praktische, lebensnahe Vermittlung von Politik: in Seminaren, bei Veranstaltungen, durch Publikationen und Materialien. Dies geschieht zum anderen bei der engen Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern: die Landeszentrale hat eine Scharnierfunktion, indem sie die bürgerschaftlich Engagierten und die staatlichen Institutionen verbindet. Etwa um die Jugendbeteiligung zu fördern. Um ein breites Bündnis zur Extremismusprävention zu etablieren. Oder auch – wie hier, in diesem Fall – um die Gedenkstättenarbeit im Land zu fördern.

Die Landeszentrale für politische Bildung sieht sich dabei der Überparteilichkeit verpflichtet. Sie ist als Institution dem Landtag von Baden-Württemberg angegliedert. Aber durchaus eigenständig. Die Arbeit basiert auf grundsätzlichen Positionen, die 1972 im Beutelsbacher Konsens gebündelt worden sind:

Erstens: das Überwältigungsverbot. Politische Bildung darf nicht als Indoktrination erfolgen.

Zweitens: das Gebot der Kontroversität. Es gilt, unterschiedliche Standpunkte zu beleuchten.

Drittens: die Schülerorientierung. Ziel ist, die Schülerinnen und Schüler, oder auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der unterschiedlichen Angebote, dabei zu

unterstützen, eigene Standpunkte zu entwickeln – nicht zuletzt als Voraussetzung von politischer Partizipation.

Zusammenfassend ließe sich sagen: Demokratie muss gelernt werden. Immer wieder aufs Neue. Diese Aufgabe richtet sich an alle Beteiligten. Auch aus diesem Grund gibt es in der föderalistischen Bundesrepublik Deutschland in fast allen Bundesländern eine eigene Landeszentrale. Und zudem eine Bundeszentrale für politische Bildung. Auch dort spielt die Erinnerungskultur eine wichtige Rolle, wenn auch auf einer übergeordneten Ebene.

Wie also kommt die Gedenkstättenarbeit zur Landeszentrale? Auf nationaler Ebene gibt es seit Ende der 1990er Jahre eine Gedenkstättenkonzeption des Bundes, beschlossen vom Deutschen Bundestag. Diese Gedenkstättenkonzeption wurde 2008 fortgeschrieben. Die Bewahrung des Gedächtnisses an die Opfer des Nationalsozialismus ist Teil der bundesdeutschen Staatsräson. Zugleich hat man sich – nach dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung – der Aufarbeitung der SED-Diktatur verpflichtet.

Die Gedenkstättenarbeit selbst fällt in den Aufgabenbereich der Länder. In Baden-Württemberg reicht diese Gedenkstättenarbeit des Landes in die 1990er Jahre zurück. 1995 beschloss der Landtag von Baden-Württemberg die Förderung der Gedenkstätten. Zugleich beauftragte er die Landeszentrale für politische Bildung mit der Koordination und Verwaltung dieser Förderung.

In gemeinsamer Absprache entstanden die Fördergrundsätze. Das Ziel der Gedenkstättenförderung ist danach (Zitat):

„das Gedenken und Erinnern an die Leiden der Opfer der Verfolgung während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Regime in Baden-Württemberg sachlich fundiert und in angemessener Form zu gestalten und aufrecht zu erhalten;
das Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Nachlebenden über ihre Erfahrungen aus Geschichte und Politik zu ermöglichen;
Das Eintreten gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus;
die Begegnung und der Dialog über Grenzen hinweg;
die Verständigung und Versöhnung mit den Völkern, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben.“

Die Fördergrundsätze griffen somit die Ziele der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten auf. Dies alles vollzog sich 1995 – fünfzig Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs. Zu diesem Zeitpunkt hatten viele Prozesse der historischen Aufarbeitung bereits an Fahrt gewonnen. Dies alles vollzog sich zugleich in dem Jahrzehnt, in dem es eine extrem rechte Partei mit dem Namen „Republikaner“ geschafft hatte, in den Landtag von Baden-Württemberg einzuziehen und nach einer Legislaturperiode wiedergewählt zu werden. Auch in diesem Kontext lassen sich die Zielsetzungen verstehen.

Damals, 1995, wurde bei der Landeszentrale ein eigener Fachbereich für die Gedenkstättenarbeit eingerichtet. Mein Vorgänger Konrad Pflug leistete wichtige Aufbauarbeit.

Entscheidend war aber, dass sich eine zivilgesellschaftliche Gedenkstättenarbeit zu etablieren begonnen hat. Wie Marco Brenneisen es gerade am Beispiel der Gedenkstätten an einstigen Standorten von Natzweiler-Außenlager geschildert hat:

In den 1980er und 1990er Jahren wurden erste Gedenkstätten im Land gegründet: nicht nur an Orten ehemaliger KZ-Außenlager; sondern auch an Orten jüdischen Lebens, etwa in einstigen Synagogen, Rabbinatsgebäuden, Schulhäusern; an Orten, die auf Verfolgung aus politischen, rassistischen, weltanschaulichen Gründen verweisen. Eine bedeutende Gedenkstätte liegt entlegen auf der Schwäbisch Alb: 1940 wurden dort 10.564 Personen getötet, weil sie behindert oder psychisch krank waren – es war der Beginn der Massenermordung im industriellen Stil.

Die Gründergeneration dieser Gedenkstätten brachte unterschiedliche gesellschaftliche und politische Kulturen mit. Da waren Akteure aus dem linken, gewerkschaftlichen Spektrum, die sich für die Erinnerung an die politische Verfolgung, an die sogenannten Schutzhaftlager, die frühen Konzentrationslager und auch an die späten Lager einsetzten. Und da waren wiederum die kirchlich geprägten Engagierten, die sich der christlich-jüdischen Zusammenarbeit verschrieben hatten.

Heute arbeitet man selbstverständlich zusammen. Damals, in den 1990er Jahren aber, galt es zunächst, diese unterschiedlichen Kulturen der Erinnerungsarbeit zusammenzuführen. Dies gelang innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten, der LAG. Die Gründungsversammlung in Vaihingen Enz, wo einstmals ein Natzweiler-Außenlager war, im Jahr 1995 markiert diese Zäsur.

Im nächsten Schritt wurde dieses Bündnis um die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale erweitert. In Gesprächen mit Gedenkstättenmitarbeitern der ersten Stunde wurden mir unterschiedliche Gründe für diese Erweiterung genannt. Zum einen die erklärte Überparteilichkeit der Landeszentrale. Zum anderen spielt aber auch die Tatsache eine Rolle, dass viele Lehrerinnen und Lehrer unter den Gedenkstättengründern waren. Und gerade diese besondere Multiplikatorengruppe hat auch damals schon gewusst, wie nützlich die Angebote der Landeszentrale gerade für die Bildungsarbeit sind.

Damals, Mitte der 1990er Jahre, gab es keine 20 Gedenkstätten in Baden-Württemberg. Heute gibt es etwa 70 Gedenkstätten sowie Lern- und Geschichtsorte am authentischen historischen Ort. Und noch immer kommen weitere Einrichtungen und auch zahlreiche Gedenkstätteninitiativen hinzu. Die Gedenkstättenlandschaft in unserem Land ist in beständiger Bewegung.

Diese Landkarte gibt Ihnen einen Überblick: Jeder Punkt auf der Karte von Baden-Württemberg steht für eine Gedenkstätte. Wir sprechen von einer dezentralen, pluralistischen, bürgerschaftlichen Gedenkstättenlandschaft. Die NS-Diktatur war allgegenwärtig. Das vor allem zeigt die Dichte dieses Netzes.

Dieses Netz leistet vieles zugleich: Forschung und Dokumentation. Kontaktpflege zu den Überlebenden, ihren Nachfahren, zu Zeitzeugen. Und zunehmend auch Vermittlungsarbeit. Die Gedenkstätten im Land haben sich als außerschulische

Lernorte etabliert. Sie sind, heißt es etwa in der Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg, „Teil unserer politischen Kultur“.

Oder in den Worten der Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann formuliert: Gedenkstätten sind „begehbare Geschichtsbücher“.

Wie wichtig diese Vermittlungsarbeit ist, zeigt sich nicht nur angesichts der immer zahlreicheren Projekte und Förderanträge im Bereich der Vermittlungsarbeit.

Dies zeigt sich auch angesichts der Bildungspläne des Landes Baden-Württemberg für die Schulen – auch dort wird auf die Bedeutung dieser außerschulischen Lernorte verwiesen. Gedenkstätten sind aus Sicht der Pädagogen Orte, an denen sich inhaltliche und methodische Kompetenzen vermitteln lassen.

Unser Fachbereich Gedenkstättenarbeit unterstützt diese vielfältige Arbeit der Gedenkstätten vor Ort auch über die finanzielle Förderung hinaus – mit Veranstaltungen, Fachtagungen, Ausstellungen, Publikationen, Vernetzungsarbeit im Internet und im Verbund mit den unterschiedlichsten Partnern.

Grundlegend für diese Arbeit ist nicht nur die enge Zusammenarbeit mit der LAGG – die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten ist inzwischen zu einer Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen geworden. Grundlegend ist auch die Kontaktpflege zur Politik – und zwar zu allen Parteien im parteiübergreifenden Konsens, dass die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten ein wichtiges Fundament unserer freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist.

Was bedeutet diese Entstehungsgeschichte der Erinnerungsarbeit in Baden-Württemberg für die Annäherung an den Natzweiler-Komplex?

Auch hier zeigt sich das Ergebnis der unterschiedlichen Kontaktaufnahmen und Begegnungen, eines sich etablierenden und inzwischen etablierten Austausches, der zunehmenden Professionalisierung und Vernetzung von Erinnerungsarbeit.

Marco Brenneisen hat die Entstehungsgeschichte der KZ-Gedenkstätten an ehemaligen Außenlagern des Stammlagers Natzweiler geschildert. Diese Gründungsgeschichte begann im Jahr 1989. Mit ihr rückten die Außenlager in den Blick, die im Nachkriegsdeutschland zunächst dem Vergessen und Verdrängen anheimgefallen waren. Worum es bei dieser Aufarbeitung vor Ort ging, werden wir gleich von Dorothee Roos in einer präzisen Nahaufnahme vor Augen geführt bekommen.

Zunächst also mussten sich diese Gedenkorte etablieren. Dann begann die Vernetzung untereinander. Und schließlich, bereits Ende der 1990er Jahre, kam es zu den ersten grenzüberschreitenden Kontaktaufnahmen.

Entscheidend war nicht zuletzt die persönliche Beziehungsebene. Konrad Pflug, der den Fachbereich Gedenkstättenarbeit bei der Landeszentrale aufgebaut hat, lernte den Historiker Maurice Voutey kennen, der selbst als KZ-Häftling mehrere Natzweiler-Außenlager durchlaufen hatte. Es kam zu einer Begegnung mit dem Journalisten Jean-Pierre Vittori, der sich für die Errichtung des Gedenkorts am Struthof als „Historial Européen“ einsetzte. Zu Begegnungen mit Olivier Lalieu und

Valerie Drechsler. Französische Vertreter besuchten Baden-Württemberg, um sich über die Gedenkstätten in Eckerwald und Bisingen, also an Standorten des sogenannten Unternehmens Wüste, und in Neckarelz, also auch über den Komplex der Neckarlager, zu informieren.

Diese Kontakte und Begegnungen führten zu einem immer intensiveren Austausch – und schließlich 1997 zu einer Fachtagung zu den KZ-Außenlagern im deutschen Südwesten, die eine Brücke zum KZ Natzweiler schlug. Bei dieser Fachtagung, die von der Evangelischen Akademie in Bad Boll gemeinsam mit der LAGG und der LpB veranstaltet wurde, kamen auch Referenten aus Frankreich:

Pierre Aycoberry sprach über das KZ-Natzweiler – und gab einen Überblick über das französische Forschungsprojekt zu dem Thema, zur Geschichte und Bedeutung des Konzentrationslagers.

Robert Steegmann referierte zur Quellenlage und zur Problematik des Konzentrationslagers Natzweiler.

Diese und weitere Aufsätze wurden in einer gemeinsamen Publikation veröffentlicht – unter dem Titel: „KZ-Außenlager der letzten Kriegsphase in Baden-Württemberg“.

Rückblickend ließe sich sagen: Nun war deutlich geworden, dass die Geschichte der einzelnen Lager in einen Zusammenhang gestellt werden muss. Dass es eine komplexe Aufgabe sein würde, die Topografie des Stammlagers und seiner Außenlager zu erarbeiten. Und letztlich auch, dass sich diese Aufgabe nur in einer grenzüberschreitenden Aufarbeitung realisieren lassen würde.

Für den Fachbereich Gedenkstättenarbeit bei der Landeszentrale hieß das: Von nun an sollte die weitere Forschung und Dokumentation zum Natzweiler-Komplex flankierend unterstützt werden.

Dies geschah auf unterschiedlichen Ebenen. So kam es in Zusammenarbeit mit der LpB im Jahr 2000 zu einer Fachtagung im Tagungszentrum der LpB in Bad Urach. Dort trafen Historiker und Vertreter von Gedenkstätten aus Frankreich, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen zusammen, um den gesamten Natzweiler-Komplex in den Blick zu nehmen. Es handelte sich zugleich um einen ganz grundsätzlichen Austausch der historiographischen Annäherung.

Wieder stand am Ende der gemeinsame Vorsatz, die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu vertiefen.

Diese Zusammenarbeit ist seither beharrlich intensiviert worden.

Nicht nur bei Besuchen wie zum Beispiel anlässlich wichtiger Termine wie etwa der Grundsteinlegung des CERD im Jahr 2003, der Einweihung des CERD im Jahr 2005 in Anwesenheit des damaligen Staatspräsidenten Jacques Chirac oder auch der Unterzeichnung der Konvention über Zusammenarbeit des CERD, der Gedenkstätten Neckarelz und der LpB. Im Jahr 2011.

Die Zusammenarbeit hat sich längst auch in greifbaren Projekten realisiert.

2009 wurde in erster Auflage die Handreichung „Das KZ Natzweiler und seine Außenlager“ veröffentlicht. Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätten hatten diese

Handreichung gemeinsam erarbeitet. Ziel war und ist es, die Gedenkstätte am Struthof didaktisch zu erschließen – und zugleich den Blick auf die Außenlager zu lenken. Die Handreichung wird von Lehrerinnen und Lehrern genutzt. Sie ist soeben in zweiter Auflage erschienen. Auf ihrer Grundlage haben wir im vergangenen Jahr in Kooperation mit den Gedenkstätten Lehrerfortbildungen angeboten – mit großer Resonanz. Wir werden weitere Lehrerfortbildungen veranstalten. Wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr unter anderem auch eine Fortbildungsexkursion für Lehrerinnen und Lehrer anbieten können. Viele Schulklassen in Baden-Württemberg besuchen das ehemalige Konzentrationslager Natzweiler. Das Kultusministerium von Baden-Württemberg fördert solche Gedenkstättenbesuche – der Struthof steht – nach Dachau – an zweiter Stelle der geförderten Fahrten.

2011 konnte ein weiterer Meilenstein gesetzt werden: In dem Jahr erschien das Grundlagenwerk von Professor Steegmann über das KZ Natzweiler und seine Außenkommandos an Rhein und Neckar in deutscher Sprache. Auf dieses Buch greifen all diejenigen immer wieder zurück, die sich mit dem System der späten Konzentrationslager im deutschen Südwesten beschäftigen. In der Schriftenreihe zur politischen Landeskunde der Landeszentrale wird zum Jahresende ein Sammelband über die NS-Geschichte und die Erinnerungskultur in Baden-Württemberg herauskommen. Ein Kapitel befasst sich mit diesen späten Konzentrationslagern. Marco Brenneisen, Annette Hettinger, Frédérique Neau-Dufour und Dorothee Roos haben es erarbeitet. Deutlich wird, wie wichtig eine Verzahnung der französischen und deutschen Forschung auf diesem Feld ist.

Und noch ein großes, gemeinsames Projekt möchte ich erwähnen: 2014 haben französische und baden-württembergische Gedenkstättenmitarbeiter in enger Kooperation die Ausstellung „Freiheit – so nah, so fern“ zum doppelten Ende des Konzentrationslagers Natzweiler erarbeitet. Federführend dabei waren Frédérique Neau Dufour, Robert Steegmann, Dorothee Roos und Arno Huth. Einmal abgesehen vom hohen Informationswert dieser Ausstellung, die inzwischen an mehr als 40 Standorten gezeigt werden konnte: als ganz bemerkenswert und als eine sehr glückliche Fügung hat sich die produktive und kollegiale, ja freundschaftliche Zusammenarbeit erwiesen. Aus meiner persönlichen Perspektive bei der Landeszentrale möchte ich hinzufügen: Es ist eine Zusammenarbeit mit integrativem Schwung! Nicht nur grenzübergreifend ist man nun viel besser und persönlicher vernetzt, auch unter den KZ-Gedenkstätten haben sich Zusammenhalt und Zusammenarbeit weiter gefestigt. Es ist auch landesweit deutlich geworden, was für ein kompetentes Netzwerk sich an dieser Stelle gebildet hat. Ein Beleg dafür ist nicht zuletzt auch, dass wir als kleine Delegation zu diesem Symposium kommen konnten.

Hinzufügen möchte ich: die Ausstellung wurde in Stuttgart anlässlich der Gedenkstunde des Landtags von Baden-Württemberg am 27. Januar 2015 gezeigt, an dem Tag also, an dem heute weltweit an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnert wird. Diesmal geschah genau dies gemeinsam – gemeinsam mit Frédérique Neau-Dufour, die auf Einladung des Landtags von Baden-Württemberg die Gedenkrede hielt. 70 Jahre nach Kriegsende ist das ein besonderes, ein bewegendes Erlebnis gewesen. Ein Moment der gelebten europäischen Erinnerungskultur. Deutlich ist aber auch geworden: eine solche europäische Erinnerungskultur ist kein Selbstläufer, sie entsteht nicht von alleine, sondern setzt

Auseinandersetzung und Arbeit voraus, den aktiven Austausch der unterschiedlichen Perspektiven, der historischen Aufarbeitung, der spezifischen Betroffenheit.

Damit komme ich zum Ende meines Beitrags. Ich würde die Gelegenheit gerne nutzen, mich für dieses Kolloquium zu bedanken – ganz besonders bei den Initiatoren und den Organisatoren. Uns Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Baden-Württemberg gibt dieses Kolloquium viele Impulse und Gelegenheiten zur Begegnung.

Dieser Austausch ist zum einen auf dem Feld der historischen Forschung wichtig. Das haben die Vorträge gestern und heute eindrucksvoll gezeigt.

Diesen Austausch brauchen wir auch in der historisch-politischen Bildung. Wenn es darum geht, jungen – und durchaus auch älteren – Menschen zu vermitteln, dass alle aufgerufen sind, für eine freiheitlich-pluralistische Demokratie einzustehen. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass Intoleranz, Rassismus und Einschränkung von Rechten zu Ausgrenzung und Vernichtung führen. Dass auch Gleichgültigkeit und innerer Rückzug beitragen zur Etablierung einer Diktatur.

So betrachtet lässt sich europäische Erinnerungskultur als Handlungsauftrag verstehen. Die Ereignisse unserer Zeit zeigen, wie wichtig dieser Auftrag ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.